

Metallarbeiter-Zeitung

Wochenblatt des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Erscheint wöchentlich am Samstag.
Preispreis vierteljährlich 600 Mk.
Eingetragener 60 Mk. (nur gegen Voreinsendung des Betrags).

Verantwortlicher Schriftleiter: Erik Zimmer
Schriftleitung und Verbandsstelle: Stuttgart, Adiestraße 16.
Fernsprecher: Nr. 8800. — Postfachkonto Stuttgart 6808.

Anzeigengebühr für die sechsgepaltenen Kolonietheile oder deren Raum 600 Mk. Geschäftsanzeigen finden keine Aufnahme.
Eingetragen in die Reichspost-Zeitungsliste unter Nr. 5047 u.

Die Stunde der Internationale

In den vollstehenden Gefilden der Ruhr wütet seit Wochen der Krieg. Zu welchem Zwecke er geführt wird, weiß so ziemlich alle Welt. Ihre Klarheit ist dieses Mal wenigstens nicht zu trüben. Der Versuch, auch diesen Vortag mit Phrasen von vergewaltigtem Recht, bedrohter Kultur, staatlicher Unabhängigkeit, nationaler Würde zu verbrämen, hat sich als ein verfehltes Beginnen erwiesen. Die Lügenorgel des Nationalismus wird jetzt umsonst angebracht. Auf jeden ihrer Töne antwortet ein tausendstimmiger Einspruch. Wohl mag es hier und da noch Kreise geben, gegen deren Hirnabel selbst der Weltkrieg kein Kratzen wachsen ließ, aber ihre Zahl ist zu gering, als daß sie die Meinung der Welt zu beeinflussen vermöchten. Die Volksmasse aller Länder sieht ganz richtig in dem Einmarsch ins Ruhrgebiet das Bestreben, das gewaltigsteuropäische Industrieviertel mit seinen unermesslichen Erdschätzen, Verkehrsadern und Produktionsstätten zu erobern und seine stetig wachsende, beruflich hochgeschulte Bevölkerung möglichst ganz oder doch teilweise in den Dienst einer fremden Kuscheutertippe zu pressen. Gegen dieses Unterfangen wenden sich zwar auch die, die heute als die Herren des Gebietes angesehen sind und aus dem Arbeitsertrag seiner wertaktiven Menschen goldigen Nutzen ziehen. Doch haben die bisherigen Nutznießer der Ruhrindustrie verhältnismäßig wenig zu verlieren. Im Gegensatz zum Arbeiter handelt es sich für sie bei diesem Ringen nicht um das Dasein, nicht um die Freiheit, nicht um das tägliche Brot, sondern nur um einen möglichst großen Anteil an der Ausbeute. Und wenn er ihnen in einem einigermaßen erträglichen Umfang gesichert ist, wird für sie der Grund des Widerstandes geschwunden sein, werden sie das als höchste patriotische Pflicht preisen, was sie jetzt als eines deutschen Mannes unwürdig erklären; dann werden sie sich mit dem Eroberer duzunderlich zusammenfinden, um mit ihm das große Geschäft gemeinsam zu machen.

Das große Geschäft, worin die Verbraucherschaft der geschöpften Kunde, die Arbeiterklasse das gepreßte Opfer sein wird, über diese Aufgabe darf weder der rangige Ton, den die französischen Schwerindustriellen gegen ihre deutschen Kollegen anzuschlagen befehlen, noch die Abwehrübungen der letzteren hinwegtäuschen. Es liegen von beiden dieser Seiten Äußerungen genug dafür vor, daß sie gleichweis nach einer inartigen Geschäftsgemeinschaft streben, die bislang nur durch Meinungsunterschiede über die Höhe des gegenseitigen Anteils unterbunden worden ist. Es spricht viel Wahrscheinlichkeit dafür, daß aber kurz oder lang die Hemmnisse beseitigt und die heute nur erst Mächte-Gern-Geschäftsfreunde halb traute Partner sein werden für die Durchführung des großen langgehegten Planes, der darin besteht, französisches Erz und deutsche Kohle zu vereinen, das Kapital der Schwerindustrie Frankreichs mit dem Kapital der Schwerindustrie Deutschlands zusammenzuwerfen, eine mächtige Produktionsgemeinschaft, einen Trust zu bilden, der dem Verbraucher die Preise, dem Arbeiter Lohn und Arbeitszeit diktiert. Dann werden die fremden Soldaten mit ihren starren Waffen abziehen und an ihrer Statt die fremden Kapitalisten mit geschmeidigeren Waffen, mit der Hungerpeitsche und der Preisschraube wüten.

Welch ungeheure Macht ein solcher Trust darstellt und welche Gefahr er für fortschrittliche Regierungen, Verbraucher und Arbeiter bildet, lassen einige Hinweise ahnen. Die Vereinigung des reichsten Erzvorrates Europas und dessen besten Schmelzofenlager mit einer beispiellos leistungsfähigen Verarbeitungsanlage, die durch zahlreiche Schienenstränge, Kanäle und den Rhein mit der Welt verbunden ist, bringt einen gewaltigen Machtgewinn, nein die Vorherrschaft auf dem europäischen Markt. Aus der leichten Möglichkeit, den Preis für Kohle und Eisen nach Belieben festzusetzen, quillt die Macht, Blüte oder Preisgestaltung fast aller andern Industrien wesentlich zu beeinflussen. Die Besitzer der beiden wichtigsten Rohstoffe unserer Wirtschaft können bestimmte Gewerbezweige bevorzugen oder benachteiligen, können gewisse Länder oder Gegenden die unentbehrlichen Stoffe vorenthalten oder sie ihnen reichlich zufließen lassen, können für die Lieferung den Regierungen oder Sechszehnjährigen Bedingungen stellen, können sich die Absatzwege der europäischen Öffentlichkeit, Zeitungen genannt, noch viel mehr als bislang schon durch Kauf oder Miethedienstwillig machen.

Es wäre ein unheilvoller Irrtum, wollte man in der Vereinigung der deutschen und der französischen Schwerindustrie, die der Druck des Säbels zustande gebracht, nur eine Gefahr für die unmittelbar betroffene deutsche Arbeiterschaft sehen. Gewiß wird diese zuvörderst die schwere Hand der vereinten Industrieautokraten zu fühlen bekommen. An ihre Rücksicht zu glauben, verbietet eine bittere Erfahrung. Die deutsche Schwerindustrie birgt die schlimmsten Scharfmacher. Ihnen mußte alles, was in Deutschland an Verbesserungen der Arbeitsbedingungen und an fortschrittlichen Gesetzen bestehen mag, in langem zähem Ringen abgetrotzt

werden. Wo immer sich heute Nachtgestalten gegen die Demokratie und gegen die Republik zusammenfinden, sind sie von schwerindustriellem Handschlag ermuntert.

Die Geschäftsgemeinschaft mit der französischen Schwerindustrie bringt den deutschen Industrieautokraten mehr als ebenbürtige Genossen. Die französischen Schwerindustriellen haben nicht den heilsamen Einfluß einer Revolution gespürt. Ihre Rücksichtslosigkeit nicht durch eine starke Gewerkschaftsbewegung gemildert. Kein Betriebsrat beeinträchtigt ihre Stellung des Herrn im Hause. Ihre Beutelust wird durch kein wirksames Sozialgesetz und keine demokratische Verfassung gehemmt. So konnten sie den Achtstundentag wieder abschaffen, die Gesetzgebung sich dienstbeflissen machen, der Arbeiterschaft die schwere Hand fühlen lassen. Eine solcherart an Beutefreiheit gewöhnte und von unbändigem Selbstbewußtsein geblähte Sippe ist als Bundesgenosse nicht zu verachten und muß der deutschen Industrieautokratie von ungeheurem Nutzen sein.

Einmal mit der deutschen Schwerindustrie verbunden, wird die französische ihr überwiegendes Gewicht auf deutschem wirtschaftlichen und politischem Gebiete wirken lassen. Um eifrige Mitarbeit braucht sie die deutschen Geschäftspartner nicht zu bitten. Die aus der Vereinigung quellende Uebermacht, die obendrein vom französischen Säbel gestützt, dürfte sich bald in der Gesetzgebung und bei Lohnverhandlungen fühlbar machen. Mit einem nachhaltigen Ansturm gegen den Achtstundentag, das Betriebsrätegesetz und die andern Errungenschaften der Revolution ist unbedingt zu rechnen. Und ob dann die Eisenbahn und sonstigen Besitztümer des Staates noch einmal vor dem Griff der Industriellen zu retten sein werden, das ist mehr als fraglich.

Es ist selbstverständlich, daß wenn es dem vereinigten Schwerindustriellentum gelingen sollte, den Achtstundentag, das Betriebsrätegesetz und ähnliche Einrichtungen zu beseitigen, für die Arbeiterschaft der anderen Länder viel schwerer, rein unmöglich sein dürfte, diese Errungenschaften zu erhalten oder zu erlängen. Und auch die Privatisierung des Verkehrs, sowie der sonstigen öffentlichen Dienste müßte im Auslande der Bewegung für Verstaatlichung einen unüberwindlichen Schlag versetzen. Ganz abgesehen davon, daß diese Rückschritte einen schwerlich zu überschätzenden Nachteil für die Demokratie und den Sozialismus darstellen, der sich schnell in jedem Staate fühlbar machen wird. Kurz, was immer die Demokratie Deutschlands an Niederlagen erleidet und welcher Schlag immer seiner Arbeiterbewegung zugefügt wird, es werden Niederlagen für die Demokratie und die Arbeiterbewegung der ganzen Welt sein.

Dieses alles ist, wie man augenblicklich muß, der Arbeiterschaft der anderen Länder wohlbekannt. Die Arbeiterpresse der ganzen Welt ist mit Protesten gegen die Befehle gefüllt, in unzahligen Versammlungen und Entschliessungen wird der französisch-belgische Gewaltakt verdammt. An der seltenen Einigkeit ist zu erkennen, wie sehr sich das Proletariat allerwärts der großen Gefahr bewußt ist, die an der Ruhr der gemeinsamen Sache droht. Sie weiß, daß wenn in dem Waffengang zwischen Militärgewalt und Arbeiterschaft die letztere unterliegen sollte, die gesamte Arbeiterschaft eine Niederlage erlitten hat.

Dieses Bewußtsein ist indessen, von ein oder zwei lobenswerten Ausnahmen abgesehen, noch nicht über Protest und Entschliessung hinaus gebrochen. Der Übergang vom Wort zur Tat ist erst noch zu tun. Mit der Tat meinen wir nicht den Generalstreik, weil wir uns davon in dieser Stunde keinen Vorteil für die Streiter an der Ruhr versprechen können. Doch dankt uns seine organisatorische Vorbereitung sehr geboten. Daneben sind noch andere Taten zu vollbringen, die zusammen genommen eine wirksame Unterstützung der Ruhrkämpfer darstellen. Was damit gemeint ist, macht der Hinweis auf die Anwerbung von Streikbrechern, die Militarisierung von Eisenbahnern in Frankreich und Belgien, das schwächliche Auftreten sozialistischer Parlamentsvertretungen und noch manches andere klar. Die so angebotenen Handlungen bedürfen keiner großen materiellen Opfer und sollten geleistet werden wie die andern, die bald nötig werden mögen. Denn es darf an keiner Stelle, in keinem Lande vergessen werden, daß an der Ruhr in hohem Grade um den Frieden Europas wie um die Zukunft des stärksten Teiles der proletarischen Internationale gegangen wird. Sollte dieser geschichtliche Kampf wegen ungenügender tatkräftiger Anteilnahme der Arbeiterorganisationen anderer Länder verloren gehen, wäre der Glaube an die proletarische Weltgemeinschaft bedenklich geschwächt. Dieser drohenden Möglichkeit kann vorgebeugt werden durch Übergang vom Wort zur Tat. Der Kampf an der Ruhr ist der Kampf der gesamten proletarischen Internationale. Er ist vor allem ihre große geschichtliche Stunde.

Das größere Frankreich

Die „Große Nation“ erzittert in bräutlicher Phantasie im dem Gedanken an ein neues frankophiles Europa von Jahrhunderten. So wie die 93 deutschen Professoren 1914 träumten in ihrem die Kulturwelt herausfordernden Pamphlet vom deutschen Siegeswillen und wie noch 1916 und 1917 die deutschen Großindustriellen träumten vom neuen deutschen Mitteleuropa, vom Ertraden Brieß und Longwy, so träumt heute das französische Volk von einem Frankreich von der Ruhr bis an den Atlantik und von der afrikanischen Brücke von Westeuropa nach Asien hinüber, wie kürzlich ganz richtig ein wackelnder deutscher Imperialist in der Rheinisch-Westfälischen Zeitung sagte.

Solche Träume sind ebensosehr das Produkt kühner Phantasie wie des berechnenden Verstandes. Zu ihrer Verwirklichung opfern die Völker Goldmillarden und Millionen von Menschenleben. Die gesamte menschliche Kultur einschließlich der allerletzten verbrecherischen Mittel werden in den Dienst der Durchführung solcher Träume gestellt. Die seit 1917 geschlossenen und zum Teil schon wieder vernichteten Friedensverträge sind dafür auch beredtes Zeugnis. Übrigens wurden solche Träume immer von den Völkern geträumt.

Über bleiben wir bei Frankreich. Was gewinnt es oder wieweit ist sein Traum erfüllbar durch eine endgültige Ruhrbesetzung? Diese für uns Deutsche bedeutsame Frage wird von der Rheinisch-Westfälischen Zeitung in einer wirtschaftspolitischen Abhandlung beantwortet, die, zunächst rein zahlen- und mengenmäßig betrachtet, das Richtige ungefähr treffen dürfte: Es handelt sich zuerst um Kohle, Erz und Eisen. Frankreich gewinnt jährlich im ganzen an Steinkohle 176 Millionen Tonnen (1913 in französischen Gruben 40 Millionen Tonnen, Deutschland 190 Millionen Tonnen gefördert). An Braunkohle im ganzen 35,8 Millionen Tonnen. Erz: Von 12 Milliarden Tonnen Eisenerzvorräten in Europa würden an französischen Besitz zusammen 10 Milliarden Tonnen fallen. Dazu käme noch sein Erzberg in seinen nordafrikanischen Kolonien. Die europäische Eisenerzförderung in Frankreich könnte auf 50 Millionen Tonnen jährlich gebracht werden, wovon mindestens 25 Millionen Tonnen ausgeführt werden könnten.

Dann Eisen: Von den 80 Mill. Tonnen in der Welt jährlich erzeugten Rohisen könnte Frankreich 21 Mill. Tonnen produzieren, das Frankreich von 1913 produzierte 5,3 Mill. Tonnen. Beim Rohstahl ist es fast ebenso: 77 Mill. Tonnen Weltproduktion, 20 Mill. Tonnen französische Produktion (früheres Frankreich 4,4 Mill. Tonnen Produktion). An Walzwerkeerzeugnissen könnte Frankreich 16,7 Mill. Tonnen jährlich schaffen gegen 3 Mill. Tonnen 1913.

Ziehen wir das Bild kurz zusammen: Das größere Frankreich hätte jährlich eine Gesamtproduktion (ohne Kolonien) von:

Steinkohle	176 Mill. Tonnen,	40,1 Mill. Tonnen
Braunkohle	35,8 „	0,8 „
Eisenerze	50 „	21,5 „
Rohstahl	21 „	5,8 „
Rohstahl	20 „	4,4 „

Die Produktion Frankreichs an Kohle, Erz und Eisen betrug also 1913 rund 72 Mill. Tonnen und sie würde künftig nach dauernder Besetzung des Ruhrgebietes, der Rheinlande und des Saargebietes 302,8 Mill. Tonnen betragen. Die Produktionsziffern Frankreichs in den wichtigsten Rohstoffgebieten würden sich ungefähr verdreifachen.

Wie verhält sich nun diese künftige Produktivkraft Frankreichs zur Weltwirtschaft?

1913 wurden auf der Erde 1342 Millionen Tonnen Steinkohle gefördert. Wenn Frankreich von der deutsch-französischen Kohlenproduktion (1913), die 230 Mill. Tonnen betrug, künftig allein 176 Mill. Tonnen Steinkohle und Deutschland nach dem heutigen Stand nur etwa 22 Mill. Tonnen Steinkohle förderte, wäre es selbstredend mit der wirtschaftlichen Unabhängigkeit der noch deutsch verbleibenden Industrie aus; die deutsche Industrie wäre dann im wesentlichen ein Anhängsel der französischen Wirtschaftsmacht. Und auch in der europäischen Wirtschaft hätte Frankreich das zweite Pferd im Kohlekarren. England förderte 1913 292 Mill. Tonnen Steinkohle und verbrauchte davon 192 Mill. Tonnen, führte also noch 100 Mill. Tonnen aus. Frankreich würde einschließlich Braunkohle künftig rund 210 Mill. Tonnen fördern können und dabei einen gewaltigen Uberschuß an Kohle erzielen, auch wenn man den hohen Kohlenverbrauch für die annektierten deutschen Gebiete in Rechnung zieht. Französische Kohle geht heute schon nach Spanien, Belgien, der Schweiz, Italien, Österreich und Ungarn. Mit der Erz- und Eisenproduktion verhält es sich ähnlich. Für England entstünde ein gefährlicherer Konkurrent in Frankreich, als es Deutschland war. England erzeugte 1913 10,4 Mill. Tonnen Rohstahl, Deutschland 19,3 Mill. Tonnen. Frankreich kann künftig mit Belgien allein 24 Mill. Tonnen erzeugen und damit sogar Amerika (21 Mill. Tonnen im Jahre 1913) Konkurrenz bereiten.

Diese Möglichkeiten sind ziemlich realer Natur; sie lassen sich sogar noch beträchtlich ergänzen, ganz besonders, wenn man die künftige Entwicklung der nordafrikanischen Kolonien Frankreichs berücksichtigt. Diese Landmassen sind viele Male größer als das heutige Frankreich und zählen 53 Millionen Menschen.

Nach der Besitzergreifung von Togo und des größten Teils von Kamerun ist Frankreich Herr über fast ganz Westafrika, vom Senegal bis zum Mitteläquatorialen Meer. Dabei liegt der überaus wertvolle nördliche Teil dieses Riesengebietes — Ägypten, Marokko, Libyen, das sogenannte „zweite Frankreich“ — mit seinen reichen Erzen an Getreide, Wein und Früchten und ausgedehnten Erz- und Kohlenlagern nur 27 Stunden von Marseille entfernt. Dieses Kolonialreich ist potentiell unlaßbar. Frankreich mit allen Lebens- und Erzeugnissen und mit fast allen Rohstoffen, ausgenommen Erdöl und

Holz, die die französische Industrie benötigt, zu versorgen. Wenn das gegenwärtig nicht der Fall ist und Frankreich im Gegenteil eine sehr bedeutende Einfuhr von Baumwolle, Wolle, Zellen, Metalle, usw. aus den Vereinigten Staaten, Ägypten, Australien, Indien und anderen Ländern aufzuweisen hat, so wird das bedingt durch die geringe Entwicklung der Produktivkräfte der französischen Kolonien.

Es besteht aber anerkanntermaßen die Möglichkeit, zum Beispiel den großen Bedarf der französischen Industrie an Baumwolle in Indo-China, Marokko, Algerien und im Stromgebiet des Niger zu erzeugen. Desgleichen sind alle natürlichen Bedingungen gegeben, um den Bedarf an Wolle durch Ausbeutung der Schafzucht in Madagaskar und Westafrika vollständig zu befriedigen.

Das alles ist für Deutschland wahrlich nicht erbaulich. Die Sorgen unserer Industriellen sind begreiflich. Es sind Sorgen, die das ganze deutsche Volk, die Arbeitermassen nicht zuletzt, angehen.

Das schmerzhafteste an diesem Wilde ist aber wohl nicht so sehr für unsere Schwerindustriellen die Tatsache, daß der große deutsche Traum ausgeträumt und daß daraus ein französischer Traum geworden ist, sondern ob, wie und wann der richtige Anschluss an die neue weltliche Machtspähre hergestellt werden kann. Die Gesamtentwicklung der Industrie der Welt zielt lange nicht so sehr auf die Erhaltung eines nationalen Volkstums als auf die Ballung großer und größter Wirtschaftskräfte und Machtzentren hin, und dabei heißt es für die Tätigen, überall da einzuhaken, wo sich was krümmt, und wenn auch vorüberhand im Ruhrgebiet und im Rheinland noch fürs „deutsche Volkstum“ plädiert wird, so ist doch die im Kern viel bedeutendere und sogar die oberste der jetzt wesentlichen Fragen: Wana verhandelt die deutsche Schwerindustrie in Rheinland-Westfalen mit den französischen Industriellen über das, was werden will?

Wenn der französische Abgeordnete Dariae in seinem Geheimbericht an die Kammer betonte, die rheinische Bevölkerung sei für den französischen Hammer „schmelzbar“, so wissen die deutschen Arbeiter, daß jede Gruppe von Unternehmern, links und rechts des Rheins und des Kanals, „schmelzbar“ ist und daß es nur aufs Wie und Wieviel, auf die Dnote in der Hauptsache ankommt. Wir sind heute in jeder Hinsicht die Schwächeren, sowohl als Deutsche wie auch unsere Industriellen.

In der Betrachtung der schwerindustriellen Rheinisch-Westfälischen Zeitung über die Pläne Frankreichs befindet sich der Satz:

„Nehmen wir aber einmal an, daß die Wiederherstellung der früheren Wechselbeziehungen zwischen Lothringen und dem Ruhrgebiet, wie sie in dem Austausch von Koks und Mineite und der Lieferung von lothringischem Hoheisen und Halbzeug an die Ruhrwerke bestanden, sowie durch die Zuführung genügender Brennstoffmengen eine rechtlose Ausnutzung der Werke im Ruhrgebiet, eine erhebliche Werbilligung der Selbstkosten herbeigeführt und auch auf Grund der Wertminderung des französischen Franken gegenüber dem Dollar und dem englischen Pfund die Konkurrenzfähigkeit auf den Auslandsmärkten gegenüber England und Amerika in jedem Falle gesichert wäre, so sieht doch heute schon sehr, daß der deutsche Ausfall an Absatzmöglichkeit und effektivem Absatz an Eisenerzprodukten auf diesem Wege nicht einzubringen ist.“

Wer lesen kann, der lese: Wir wollen versuchen, zusammenzukommen, weil wir ohne einander dauernd nicht leben können, und dabei möchten wir gegen das Ausland konkurrenzfähig bleiben (Wertminderung des Franken gegenüber dem Dollar und dem Pfund und Verbilligung der Selbstkosten) und aber auch das deutsche Absatzgebiet nicht verlieren. Das sind Gedanken, nach Paris gerichtet, nicht nach Berlin. Schließlich ist für den deutschen Unternehmer die Politik nicht mehr Geschäft als für den französischen, aber auch nicht weniger. Ni doch das Ganze ein Geschäft, in dem die Anteilstrage zuoberst steht.

Menschenopfer unerhört!

Im statistischen Jahrbuch für das Deutsche Reich, Jahrgang 1921/22, wird die Gesamtzahl der für den Kriegsdienst mobilisierten Männer auf 75 Millionen geschätzt. Also fast 10 Millionen Männer mehr, als Deutschland 1914 Einwohner hatte, waren von den Klauen des Militarismus erfaßt. In Deutschland waren 13,25 Millionen Männer mobilisiert. Bei Beginn der deutschen Offensive im Westen am 21. März 1918 betrug die Feldstärke der deutschen Armee im Westen 3,5 Millionen Unteroffiziere und Mannschaften und 140.000 Offiziere. Dazu kamen noch etwa 160.000 Mann und fast 3000 Offiziere in den Reserveposten. Ausgerüstet war dieses Heer mit fast 15.000 Geschützen, 10.000 Minenwerfern und 60.000 Maschinengewehren. Noch viel härter an Mannschaften und Waffen waren die Ententeheere ausgerüstet.

Die Zahl der Toten aller Heere wird auf 10 Millionen geschätzt, die Zahl der Verwundeten auf 20 bis 30 Millionen. Von den Ländern, für die zuverlässige Angaben über die Verluste bekannt sind, hat Deutschland die meisten Blutzopfer aufzuweisen. Nach den bisherigen Feststellungen hat Deutschland 1.824.051 Tote zu betrauern. An zweiter Stelle steht Frankreich mit 1.425.872 Toten, dann folgen England mit 945.023, Serbien mit 690.000, Italien mit 496.921, Belgien mit 115.000, Amerika mit 36.618 Toten. Für Rußland, Österreich und die Balkanländer liegen zuverlässige Angaben nicht vor. Die russischen Verluste übersteigen die deutschen wahrscheinlich um ein Mehrfaches.

Etwas von der Frau und ihrer Arbeit

Bei Ausbruch des Krieges war selbstverständlich eine starke Nachfrage nach weiblichen Arbeitskräften. Die außerordentliche Arbeit, die durch die Einberufung aller wehrfähigen Männer entstand, mußte durch die Frauen ausgefüllt werden. Aber damit noch nicht genug. Die durch die Verteilung von Kriegsgütern oder die bei sonstigen feierlichen Prozessionen machte über das normale Maß hinaus eine große Anzahl von Arbeiterinnen erforderlich, so daß insgesamt 60 v. H. der Arbeitskräfte von Frauen gefüllt werden mußten.

Wie sieht es nun nach dem Kriege? Ist die Frauarbeit ab- oder zugenommen? Ja, abgenommen hat sie, aber nur in einem kleinen Grade, nur in einzelnen Branchen hat sich ein verhältnismäßiger Abbau vollzogen. In der Metallindustrie zersetzten manche Kollegen mit der Frauarbeit nur als Übergangsmaßnahme. Aber dem ist nicht so. In der Regel besteht ein tatsächlicher Übergang an Frauen, die nicht ihre Arbeit neuverfügen, sondern die wirtschaftliche Lage immer mehr zur Frauarbeit gezwungen werden, und meistens hat das Interesse der Frau, welcher aus der Frauarbeit bei weiterer Entlassung der gleichen Stellung entspricht, einmal Weiter ist das Unternehmertum die Arbeitsteilung mehr und mehr entstanden, um, wo irgend möglich, die gegenwärtige Lohnarbeitende Frau zu ersetzen. Die Arbeitsteilung drückt die Frau geistig vollständig nieder. Es entsteht eine geistige Verdrückung, der unbedingt Einhalt zu setzen ist. Dies ist zu erreichen durch ein offenes Beschäftigen der einseitigen Arbeit innerhalb des Betriebes. Mit der geistigen, einseitigen Arbeit fällt auch der Gesundheitszustand der industriellen Frau. Die Unternehmer halten die sozialen und hygienischen Einrichtungen für die Frau auf einer sehr niedrigen Stufe und tragen viel zur Verschlechterung des Gesundheitszustandes der Frau bei. Die fehlende Entlohnung bringt noch Unterernährung und vergrößert die Gefahr.

Die männliche Arbeitskraft verlangt die Frau an Plätze mit mindestens doppelter Arbeit, so wird der Frau die Gegenwart zum Preis der geschwächten Arbeitskraft genommen. So erhält die Frau

Ruhrhilfe

Es geht uns der Aufruf für die Volksgenossen im Ruhrgebiet zu. Es heißt darin unter anderem:

„Wir sind im Frieden haben französische und belgische Truppen deutsches Land besetzt unter Vorwänden, die niemand in der Welt über die wahre Natur läugnen kann. Wir sind im Frieden haben die Belagerungs- und Kriegsgesetze über deutsches Gebiet verhängt. Sie haben Beamte, weil sie geschworene Pflicht treu dem Staate hielten, ihres Amtes entsetzt und verhaftet und aus der Heimat verwiesen, Unternehmern, die sich unredlicher Gewalt nicht beugen wollten, ins Gefängnis geworfen und vor ein französisches Kriegsgericht gestellt, direkte Eingriffe in das Privatvermögen vorgenommen, den Willen der freien Arbeiterchaft in den Dienst des französischen Imperialismus zu zwingen versucht.“

In diesem Kampf muß unsere Sache liegen. Aber bis sich das Recht durchsetzt, werden von unserem schwergeprüften Volk noch weitere Opfer gefordert. Schwere Not kann hierbei entstehen, so wohl an der Ruhr und im allbesetzten Gebiet, wie auch darüber hinaus im ganzen Reich.

Wir wenden uns an die deutsche Wirtschaft mit dem Aufruf, diese Not als eine gemeinsame anzunehmen, abzuwehren und zu überwinden, mit dem Aufruf, zu ihrer Vinderung die Herzen und die Hände zu öffnen, mit dem Aufruf, auch aus laugem Unterhalt zu geben, was möglich ist. Wer viel hat, schuldet viel. Aber es gibt keinen, der nicht auch an seinem Teil Schuldner ist.

Wir fordern daher Arbeitgeber und Arbeitnehmer auf, sofort für diese Zwecke Geldmittel zur Verfügung zu stellen.

Von den Arbeitgebern wird erwartet, daß sie vorangehend Opfer bringen in Höhe der verschiedenen von ihnen Angestellten und Arbeitern bereitgestellten Beiträge. Unternehmer, die eine im Verhältnis zu ihrer wirtschaftlichen Bedeutung geringe Zahl von Arbeitern und Angestellten beschäftigen, werden gebeten, ihren Beitrag entsprechend zu erhöhen. Arbeiter, Angestellte und Beamte wollen ihrerseits zunächst den Verdienst einer Arbeitswoche opfern.

Um die Mittel schnell und reibungslos bereitzustellen, wird empfohlen, entsprechenden Abzügen bei Lohn- und Gehaltszahlungen zuzustimmen. Die Verabreichungen sind zweckmäßig unter Mitwirkung der wirtschaftlichen Vertretungen der Arbeitnehmer zu treffen.

Die Verwaltung und Verwendung der Mittel liegt in den Händen eines Verwaltungsausschusses, der von den unterzeichneten Verbänden paritätisch zusammengesetzt worden ist.

Dieser Aufruf ist von Arbeitgeberverbänden der Industrie, des Handels, der Finanz- und von sechs Gewerkschaftszentralen, darunter der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund, unterzeichnet. Wir können nicht umhin, zu gestehen, daß uns diese Gemeinschaft befremdet. Wir hätten es für unbedingt nötig gehalten, daß sich die Gewerkschaftszentralen getrennt von den Unternehmerorganisationen an den Opferwillen der Arbeiter gewandt hätten. Wir glauben die Gründe zu kennen, die den Vorstand des Gewerkschaftsbundes veranlaßt haben, für diese Gemeinschaftlichkeit zu sein. Aber selbst wenn wir das Gewicht der Gründe, die im Vorstand des ADGB für die Gemeinschaftlichkeit gesprochen haben, verdoppeln, sind die dagegen stehenden Gründe immer noch bedeutend schwerer. Wir gehen nicht soweit, zu behaupten, die Gewerkschaftsgegner, die den Beschluß fassen, hätten keine Kenntnis von der Stimmung in der Arbeiterchaft. Sie wissen genau so wie wir, daß die häßliche Erinnerung an die Lubendorff-Spende und an die anderen Sammelaktionen während des Krieges noch lebendig ist; sie werden weiter wissen, daß sich heute noch die Professorien fragen, wo denn die damals gesammelten Gelder eigentlich hingekommen seien. Es dürfte ihnen auch nicht unbekannt sein, daß das Vertrauen gegen eine Hilfsaktion, wo das Unternehmertum die Hand im Spiele hat, vom gemeinen Arbeiterwohl höchst mißtrauisch aufgenommen wird. Daran wird schließlich auch kein Verwaltungsausschuss etwas zu ändern vermögen, selbst wenn er die Auffchrift „paritätisch“ trägt. Denn die Unternehmer haben erst noch den Beweis zu erbringen, daß sie das Vertrauen der Arbeiter verdienen. In diesen Gründen, die uns die Gemeinschaftlichkeit mit dem Arbeitgeberumstoßungen lassen, kommen noch die grundsätzlichen, die hier aufzutreten wohl nicht nötig ist. Von einer Vereinigung der Professorien mit ihren Gegnern vermögen wir alles andere, nur keinen Vorteil für die Abwehr an der Ruhr zu erblicken. Wie immer wir die Sache auch drehen und wenden, wir können nicht umhin, noch einmal zu betonen, daß der Beschluß des Vorstandes des Gewerkschaftsbundes ein unglücklicher zu nennen ist und daß wir ihn gerade um des Willens des Widerstandes im Ruhrgebiet, gerade um die Behebung der proletarischen Opfernotwendigkeit, gerade um die Sache der organisierten Arbeiterchaft willen sehr bedauern.

Die gewaltige Verteuerung der Lebenshaltung,

die jetzt infolge der Ruhrbesetzung zugleich mit der neuen katastrophalen Entwertung der Mark über die deutsche Arbeiterchaft hereinbrochen ist, zwingt zu der Forderung nach großzügigen Abwehrmaßnahmen. Bisher hat man die Dinge gehen lassen und sich darauf beschränkt, den Verbänden Rügigung der Preispolitik und Verantwortlichkeit bei der Erhöhung der Löhne zu empfehlen. Eine Wirkung dieser guten Rathschläge ist fast nirgendwo zu verspüren. Noch niemals ist die Lenkung so rasend fortgeschritten wie jetzt. Die Lohnangehörigen der Unternehmer aber sind im Hinblick auf das Steigen der Preise vollkommener als je zuvor. Anstatt entgegenkommender Verhandlungen trifft man allerorts auf vornehmliches Zurückweichen, so daß die Gewerkschaften Tag und Nacht zu tun haben, um auch nur einiger-

maßen die Vertretung der Lohninteressen der Arbeiterchaft wahrnehmen zu können. In einer Zeit, wo die Großhandelspreise von einem Woche zur andern um 50 und mehr Hundertteile steigen und die Kleinhandelspreise mit ungeheurer Geschwindigkeit ihnen nachfolgen, macht die Gefahr, daß die Widerstandskraft der Arbeiterchaft bei ihrer moralischen Abwehr der Ruhrbesetzung auf das äußerste geschwächt wird, nicht nachdrücklich genug kann auf diese Gefahr hingewiesen werden.

Es ist dringend zu fordern, daß die Reichsregierung aus ihrer Untätigkeit herausgetreibe, sonst drohen die wenigen Zugeländnisse, die monotonerorts erfolgt sind und unter denen der vorläufige Verzicht der Landwirtschaft auf eine Erhöhung der Umlagepreise erwirkt werden muß, wirkungslos zu verpuffen. Es geht nicht an, daß man die ganze Last der Befragung auf die ohnehin kaum mehr tragfähigen Schultern der arbeitenden Bevölkerung abwälzt, nachdem weite Kreise der Bevölkerung unter der Geldentwertung schon ihr Leben verloren haben. Die Schwierigkeiten der Lage sind keineswegs zu verkennen. Auf der einen Seite stehen die, die an einem Dollarkurs von 30.000 ihre Freude haben, während auf der andern Seite die auf den Ertrag ihrer Arbeit Angewiesenen in ärgster Sorge um das tägliche Brot leben müssen. Von einer Einhaltung des Lebensmindestsatzes kann bei der Sprunghaft steigenden Preisen in vielen Berufsgruppen überhaupt nicht mehr die Rede sein. Ein Kabinett der Arbeit hätte durch zielbewusste, gemeinwirtschaftliche Eingriffe in die Warenproduktion und -verteilung zu beweisen, daß es diese furchtbare Gefahr sieht und ihrer Herr zu werden versucht.

Entwertung des Franken

Die deutsche Mark ist seit dem Einmarsch ins Ruhrgebiet um nahezu 75 v. H. ihres damaligen Wertes gesunken. Der Dollarkurs ist in raschen, jähen Sprüngen in gut zwei Wochen nun schon auf 33.500 H. gestiegen. Damit hat die deutsche Mark ungefähr den achtausebfsten Teil ihres Friedenswertes erreicht. Die Wörse ist nervös geworden, die Effekten gewinnen bisweilen an einzelnen Tagen mehr als 100.000 Punkte Kursaufbesserungen, weil die Besitzer von Papiermark sich in die Schwärzte flüchten und dadurch eine Nachfrage erzeugen, die zu dem Angebot von Effekten in schreibendem Mißverhältnis steht.

Es wäre aber falsch, zu glauben, daß wie das im Kriege in der Regel zu beobachten war, wenn die Ereignisse eine Kursrückbildung auf der einen Seite auswirken, sie gleichzeitig eine Kurssteigerung zugunsten der mächtigeren Partei hervorruft. Auch Frankreich hat seit seinem Einbruch ins Ruhrrevier eine erhebliche Entwertung seiner Valuta erleiden müssen. Daß diese bei weitem nicht so stark ist, als die Entwertung des deutschen Geldes, liegt in der Natur der Verhältnisse. Für das englische Pfund mußten an der Pariser Börse gegahlt werden:

am 30. Dezember 1922	62,67 Franken
10. Januar 1923	67,86
20. Januar 1923	70,82
27. Januar 1923	78,38

Seit Beginn dieses Jahres, im Verlaufe von 27 Tagen, hat der französische Franken also fast 10 v. H. seines Wertes eingebüßt. Das ist eine außerordentlich starke Kursverminderung, wenn man bedenkt, daß der französische Franken bisher noch in den Kreisl der guten Valuta gehört hat. Der französische Franken hat heute einen Wert von 33 Friedenscentimes, also etwas weniger als ein Drittel des ehemaligen Wertes. Damit ist er beinahe zu dem schwachen Wert eines lateinischen Schwester, der italienischen Lire, herabgesunken.

Der Achtfundentag der Bauarbeiter

Ist durch die Beschlüsse des vorläufigen Reichswirtschaftsrates schon gefährdet. Um dieser Gefahr zu begegnen, haben die Vertreter der baugewerblichen Arbeiterverbände am 19. Januar in Berlin beschließen, Reichsregierung und Reichstag durch eine Eingabe auf die höchstmögliche Frist hinzuweisen, die eine Veretigung des Achtfundentages für die Bauarbeiter und die Bauwirtschaft überhaupt haben müßte. Auf nichts anderes als eine völlige Befreiung des Achtfundentages läuft es hinaus, wenn die Bauarbeiter gesetzlich verpflichtet werden sollten, während acht Monaten im Jahre neun Stunden täglich zu arbeiten. Daß die Verlängerung des Arbeitstages für Verhüllungen auf 8 Stunden sowie die vielen Ausnahmen von der regelmäßigen Arbeitszeit und der gesetzliche Zwang, diese Ausnahmen durch die Tarifverträge festzusetzen, für die Bauarbeiterchaft ebenso unannehmbar ist, darüber läßt die Eingabe keinen Zweifel. Es wird deshalb in der Eingabe scharfster Protest gegen die ganz einseitigen den Standpunkt des Unternehmertums berücksichtigenden Beschlüsse des vorläufigen Reichswirtschaftsrates erhoben. Wörtlich wird in der Eingabe gesagt:

Die Forderung des Neunfundentages bedeutet gegen die baugewerblichen Arbeiter und Angestellten eine Kriegserklärung. Sie sind bereit, mit ihren besten Kräften und allen verfügbaren Mitteln zu kämpfen um den ungeheuren Achtfundentag.

Wir schließen uns diesem Mahn- und Kampfruf aus vollem Herzen an und wünschen den baugewerblichen Arbeitern aller Berufs für ihren Kampf um die Erhaltung des Achtfundentages besten Erfolg.

Schwerindustrie und Schifffahrt. Die Konzentration von Schwerindustrie und Schifffahrt, wie sie bereits in verschiedenen Zusammenschlüssen von Montanunternehmungen mit Schiffahrtsgesellschaften, so unter anderem auch im Stinneskongern ihren Ausbruch gefunden hat, setzt sich neuerdings weiter fort. Die zum Danielsonkongern gehörige Gutehoffnungshütte, die bereits mit der AGS und der Sapag zusammen die Deutsche Werft A.-G. gegründet hat, schloß mit der Döckmannhütte in Hamburg einen Interessengemeinschaftsvertrag. Beachtenswert ist der Bau von Schwimmboots, für die die Gutehoffnungshütte in erster Linie als Materiallieferantin in Frage kommt.

Die Frauen in den Gewerkschaften. Der Internationale Gewerkschaftsbund zählte am 1. Januar vorigen Jahres 34 Millionen Frauen in seinen Reihen; sie bildeten somit genau ein Sechstel des gesamten Mitgliederbestandes. In den verschiedenen Ländern lag aber der Anteil der Frauen an den Gewerkschaften teils über, teils unter diesem Durchschnitt. Am größten war die Beteiligung der Frauen in Österreich, wo sie fast ein Viertel (24,3 v. H.) der Gewerkschaftsmittglieder bildeten; es folgen die Tschechoslowakei (22 v. H.), Deutschland (21 v. H.), die Schweiz (18,7 v. H.) und Dänemark (18,2 v. H.). In allen übrigen Ländern liegt der Anteil der weiblichen Gewerkschaftsmittglieder unter dem Durchschnitt: in England und Italien 12½ v. H., in Frankreich und Schweden 10 v. H., während in den übrigen Ländern die Frauen weniger als ein Fünftel der Gewerkschaftsmittglieder ausmachen.

Besondere Landesorganisationen der Arbeiterinnen, die dem Internationalen Gewerkschaftsbund nahesteht, befinden sich in England, Frankreich, Italien, der Tschechoslowakei, Belgien, der Schweiz, Norwegen, Polen, Südafrika und Rußa, außerdem auch in den Vereinigten Staaten, obgleich die Gewerkschaften dieses Landes vor zwei Jahren aus der Gewerkschaftsinternationale ausgeschieden sind. Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund dagegen, der der Mitgliederzahl nach an der Spitze der internationalen Gewerkschaftsbewegung steht, hat die Gründung einer besonderen Frauorganisation als überflüssig abgelehnt und sich für eine härtere Weiterbildung zur Gewinnung der Frauen eingesetzt. Dieser Werberbeit dient ein besonderes Blatt, die Gewerkschaftliche Frauenzeitung.

Über den Frauenüberschuß, namentlich bei den bestaltfähigen Altersklassen, in Europa macht die Weltkräft Wirtschaft und Statistik folgende Angaben: Von 475 Millionen Menschen sind ungefähr 250 Millionen Frauen. Der Frauenüberschuß vor dem Kriege war ungefähr 95, jetzt beläuft er sich auf etwa 25 Millionen. In Rußland kamen vor dem Kriege auf 1000 Männer 1042 Frauen, 1920 aber 1299 Frauen. In Deutschland wurden vor dem Kriege 1026 Frauen auf 1000 Männer gezählt, nach dem Kriege 1100.

Die deutsche Ausfuhr

Ein riesiges Verlustgeschäft

Wir Deutschen sind ein unbeschriebenes, naives Volk. Amerika hatte 6 bis 8 Millionen, England gegen 2 Millionen Arbeitslose — und die deutsche Industrie war voll beschäftigt. Wenn wir ein klein wenig nachdenken wollten, so müßte uns schon unser einfacher Menschenverstand sagen, daß so etwas nicht mit rechten Dingen zugehen kann: Amerika, ein Land mit Bodenschätzen, mit einem Kapitalreichtum, mit einer Kriegs- und einer Handelsflotte, die über alles verfügt und der die Welt offen steht, dieses Amerika, das erste Produktionsland der Welt, hatte 5 bis 6 Millionen Arbeitslose und — die deutsche Industrie war voll beschäftigt.

Von England ist fast das gleiche zu sagen. Auch hier eine alte Industrie, Welt Handelsverbindungen, eine leistungsfähige Handelsflotte, die die Waren in die fernsten Absatzgebiete trägt, und eine beherrschende Kriegsflotte, die den Handel stützt und schützt, und dieses Land hatte fast zwei Millionen Arbeitslose. Daneben Deutschland, zerstückelt, zerstört, bis zum Weißbluten erschöpft, mit einer Besetzung belegt und monatlich größte Reparationsleistungen vollziehend. Dieses arme, zerstückelte Deutschland, fast ohne Handelsflotte, dem ein vierjähriger Krieg seine Kolonien genommen, seine Handelsverbindungen zerstört hat, arbeitet in allen Fabriken und bringt seine Waren durch alle Abwehrmaßnahmen der Außenländer hindurch auf den Weltmarkt. England erläßt ein Industrieschutzgesetz gegen die deutschen Waren. Die Entente erhebt einen zehnjährigen Ausfuhrzoll, die deutschen Waren fließen über alle diese Schranken, durchbrechen die englische Schutzwauer. Sie gehen durch Frankreich, über England, auf den Weltmarkt.

Wie ist dieses Wunder möglich? Zwei Möglichkeiten gibt es nur: entweder die deutsche Wissenschaft und Industrie sind der englischen und amerikanischen dermaßen überlegen, daß sie um den Unterschied zwischen Weltmarktpreis und deutschem Ausfuhrpreis billiger erzeugen, oder die deutschen Waren werden unter dem Weltmarktpreis angeboten. Dieses Angebot muß aber beträchtlich weit darunter sein, da die deutschen Erzeugnisse ja trotz des Ausfuhrzolls von 25 v. H. und der Sonbereinfuhrzölle der einzelnen Länder abgesetzt werden. Der ausländische Zwischenhändler will doch, wenn er deutsche Waren statt der seines eigenen Landes vermittelt, die ersteren besonders billig haben. Somit ist es gar nicht anders denkbar, als daß die deutschen Waren, wozu in sehr vielen Fällen noch ausländische Rohstoffe benötigt werden, ganz unerbildlichmäßig billig angeboten werden. Weiterhin kommen unsere Reparationsleistungen, die wir in Waren auszubringen haben, hinzu, die von den Empfangsländern behalten oder auch weiterverkauft werden.

Überblickt man das Gesagte, so ist zu erkennen, daß es auf die Dauer unmöglich sein wird, eine solche Produktion fortzuführen, und daß einmal ein Aufhören der Produktion stattfinden muß. Es ist nicht denkbar, daß unsere Wissenschaft und unsere Industrie der der andern Länder soweit voraus sein könnte, daß sie die ungeschwächten wirtschaftlichen Erwerbsverhältnisse durch einen billigeren Produktionsprozeß ausgleichen könnte. Wir müssen annehmen, daß Wissenschaft und Industrie der andern Länder den unseren etwa gleichwertig sind.

Wenn wir nun doch unter diesen ungeheuer erschwerten Umständen unsere Industrie im Gang halten, so kann dies nur dadurch möglich sein, daß wir weit unter dem Weltmarktpreis verkaufen. Auch A. H. A. hatte das schon erkannt, als er in Cannes sagte: „Den Ausverkauf des Landesfußballs wird Deutschland nicht verhindern können.“ Der Wert der deutschen Ausfuhr, der nach dem Stande des Weltmarktes damals 14 bis 15 Milliarden Goldmark hätte betragen müssen, betrug nur 3 bis 4 Milliarden Goldmark. Prof. Dr. Breger berichtet unter Zugrundelegung der Berichte der Frankfurter Zeitung über die Handelsbilanz Deutschlands im ersten Halbjahr 1922, daß der Handel in Gold umgerechnet in diesem Zeitraum im Vergleich zu 1913 in der Einfuhr auf weniger als die Hälfte, in der Ausfuhr auf etwa ein Drittel zurückgegangen sei. Unser augenblicklicher Außenhandel sei dem Wert nach kaum größer als der belgische im Jahre 1913. Diese Zahlen ergeben den furchtbaren Verfall unseres Handels gegenüber der Vorkriegszeit. Wir gehen in der Weise von der Substanz, daß wir schon seit Ende 1918, also schon vier Jahre lang, unter den Weltmarktpreisen verkaufen. Man kann sich diese Tatsache angesichts des Wirtschaftslebens, wo alles arbeitet, pocht und tollt, nur schwer erklären. Wie kommt es nur?

Wir haben zunächst zwei Arten des Ausverkaufs zu unterscheiden: die eine ist leicht zu verstehen. Es ist die Warenausfuhr als Reparationsleistung. In unseren Fabriken schenken Hunderttausende von Kräfte für andere Länder. Wir führen Milliardenwerte aus und erhalten dafür keine Bezahlung. Die ganze Größe des Verlustes, den dieser Warenabfluß stellt, tritt dadurch nicht so deutlich in die Augen, weil das Reich Fabriken und Arbeiterchaft mit neugedruckten Noten bezahlt. Die Noten aber stellen, wirtschaftlich gesehen, einen Schuldschein auf das Vermögen des Reiches, einen Schuldschein auf das Vermögen jedes Volkswirtschaftlichen dar.

Wenn wir also glauben, wir hätten noch eigenes Vermögen, so irren wir. Unsere Möbel, unsere Kleider, unser gesamter Besitz ist verpfändet durch die Schuldscheine des Deutschen Reiches und wird täglich höher belastet.

Der zweite Weg der Verarmung durch die Warenausfuhr gegen Bezahlung ist etwas verwickelter, immerhin aber durchsichtig genug, um ihn zu erkennen. Die Fabrik stellt Waren her. Sie bezahlt ihre Arbeiter unzureichend, unter dem Weltmarktpreis. Auch die Preise der Rohstoffe, soweit sie aus Deutschland kommen, liegen meist noch unter dem Weltmarktpreis. Sie liegen deshalb unter dem Weltmarktpreis, weil auch die Arbeiter, die diese Rohstoffe gewinnen, ebenfalls unter dem Weltmarktpreis bezahlt werden. Aber nicht nur die Arbeiterchaft, die in der Fabrikation tätig ist, wird unter dem Weltmarktpreis bezahlt, auch alle anderen Menschen, die der Produktion mittelbar dienen, also Forscher, Wissenschaftler, Verwaltungsbeamte, Justizbeamte, Eisenbahnbeamte, Verkehrsbeamte usw. Deren Gehälter hängen wie die Löhne der Fabrikarbeiter hinter der Geldwertwertung her. Der Abstand wird trotz aller Anstrengung immer größer. Auch der Bauer ist, so fremdartig dies dem Unkundigen klingen mag, vielfach nicht mehr zahlungsfähig. Gewiß kann er für sich noch leben, aber intensiv wirtschaften, zum Beispiel Düngemittel kaufen, kann er, allgemein gesprochen, nicht mehr. Der Bau von Ställen, Ankauf oder Reparatur einer Maschine ist immer

schwerer, für viele heute zur Unmöglichkeit geworden. Was das für die Arbeiterchaft bedeutet, die in der Stoffindustrie oder bei der Fertigung landwirtschaftlicher Maschinen beschäftigt ist, braucht hier nicht lange dargelegt zu werden.

Dieser Hinweis wurde gemacht, um zu zeigen, daß wie der Arbeiter, Angestellte und Beamte, so auch der Bauer, kurz jeder Mensch in Deutschland, wenn auch einen verschiedenen großen Teil seines Vermögens hergibt. Sie alle verarmen. Durch diese Verarmung ist die Industrie imstande, Güter unter dem Weltmarktpreis über alle Hindernisse hinweg auf den Weltmarkt zu bringen. Ob die Industrie dies noch lange aushalten kann, ist stark zu bezweifeln. Es ist denkbar, daß sie so niedrig bezahlt, daß noch ein erheblicher Gewinn dabei herauspringt. Sie wird teilweise auch in der Lage sein, den Gewinn im Auslande sicher anzulegen, um ihn dort über die Katastrophe hinaus, die uns bald bevorsteht, zu retten.

Wie es aber auch sei, jedenfalls steht das eine fest, daß unsere heutige Industrie wie eine Saugpumpe wirkt, die Kolbenzug um Kolbenzug die Substanz aus der deutschen Wirtschaft heraussaugt, das Volkvermögen Schritt für Schritt aufsaugt, in Waren umwandelt und diese an das Ausland abgibt. Das, was uns also freut, der Hochstand unserer Industrie, ist unser Tod. Je eher diese Art Produktion, die eine Substanzumformung darstellt, in der Industrie zum Stillstand kommt, um so mehr Aussicht haben wir, wenigstens die letzten Reste des Volkvermögens noch zu retten.

Der Erkenntnis dieser Tatsache wird man sich aber verschließen und am allerlängsten wird sich die Industrie selbst darüber verschließen, aber der Zeitpunkt der Erkenntnis scheint nicht mehr fern zu sein. Heute können die Industrie und der Handel kaum noch das nötige Betriebskapital herbeischaffen. Diese Tatsache ist ein sicheres Zeichen dafür, daß unsere Werte fast erschöpft sind. In dem Augenblick aber, in dem unsere wertvollsten Schichten nichts mehr zuzusetzen haben, stabilisiert sich die Welt von selbst, das will sagen, in diesem Augenblick sind wir gezwungen, in ganz Deutschland nach einer anderen Währung zu rechnen, wahrscheinlich nach der Goldmark, bezogen auf den Dollarstand. Alsdann werden wir unsere Löhne wieder, wie es heute schon in Rußland geschieht, nach Goldmark auszahlen und die Auszahlung in dem jeweiligen Dollarkurs vornehmen. Das will aber besagen, daß wir dann, nachdem der Ausverkauf vollendet ist, jedem Arbeiter, Angestellten und Beamten den Lebensmindestlohn geben müssen. Er hat nichts mehr zuzusetzen und in dem Augenblick haben wir innerhalb Deutschlands den Weltmarktpreis und in demselben Augenblick steht ein großer Teil unserer Fabriken still. Sie können dann nicht mehr unter dem Weltmarktpreis verkaufen und haben den Wettbewerb mit den Siegerstaaten aufzunehmen; sie haben die Konkurrenz auszunehmen mit Amerika, mit seinen ungeheuren Bodenschätzen und seiner überragenden Kapitalkraft, sie haben die Konkurrenz auszunehmen mit der Industrie Englands und dann beginnt in Deutschland das große Sterben.

Österreich ist uns auf diesem Wege vorgegangen. Es wird gesagt: Deutschland kann mit Österreich nicht verglichen werden; ein 60 Millionenvolk kann nicht untergehen. Das ist richtig. 40 Millionen werden leben bleiben. Die Ernährungskatastrophe wird sich in Deutschland viel rascher auswirken als in dem kleinen Österreich. Wir sind viel stärker überdüffert. 20 Millionen Menschen müssen in Deutschland bis heute durch die Industrie ernährt werden oder sie müssen von der Substanz, den Sachwerten des deutschen Volkes, leben. Bis 1914 wurden die 20 Millionen durch die Ausfuhr von der Industrie ernährt. Seit 1914 oder seit 1918 zehren sie von der Substanz. Diese ist fast aufgebraucht. Was dann?

Unterm 17. Dezember berichtet die Frankfurter Zeitung in einem Aufsatz über die Neue Wirtschaftskrise in Österreich, die Krone habe sich stabilisiert, der Zustand — der hier oben für Deutschland geschildert ist — sei in Österreich eingetreten. Die Warenpreise seien teilweise zurückgegangen, noch viel stärker aber die Löhne, und die Fabriken begannen, stillzustehen. Der Fremdenstrom sei nun, nachdem nichts mehr zu holen sei, verlegt, die Preise für Brot, Milch und Kohlen erhöht, der Bahntarif weit über Friedenslohn. Sodann heißt es wörtlich in dem Frankfurter Blatt:

Die Kaufkraft des Publikums ist geschwunden. Bleiben auch die Löhne noch relativ hoch, so stehen sie doch vielfach auf dem Papier. Zugabezeit greift rapid um sich. 70 v. H. der Holzarbeiter, 75 v. H. der Metallarbeiter leisten nur 20 bis 36 Stunden in der Woche. Ähnlich steht es im Schuh- und Schnebergewerbe, in der Gemischen Industrie und noch schlimmer in den Luxusgewerben. Die Zahl der völlig Arbeitslosen ist auf nahezu 100 000 in Österreich, über 70 000 allein in Wien gestiegen und die Krise greift immer weiter um sich. Täglich mehren sich die Kündigungen und Arbeiterentlassungen im Handel ebenso wie in der Industrie. Auch im Bankgewerbe beginnt der Abbau, der bei den Staatsbeamten bisher kaum eingeleitet hat, aber 40 v. H. der Angestellten nach dem Finanzprogramm umfassen soll. Wie sollen alle diese Menschen leben, wie soll die Industrie Abgang finden, wenn der innere Markt verlegt, nicht nur wegen der Notlage der Masse, sondern auch weil Hunderttausende, die direkt oder indirekt vom Börsenspiel und den anderen Konjunkturgewinnen der Geldwertwertung gelebt haben, dieser traurigen Zukunft, die erheblich ins Gewicht fallen, beraubt sind, statt dessen ungeheure Verluste buchen müssen, und weil des Fremdengehalts aufgehört hat?

Die Konkurrenz mit dem Ausland ist unermesslich. Ganz abgesehen von dem mit der Reichsmarkentwertung zusammenhängenden Vorkriegsstand Deutschlands und der immer noch fortbauenden Abwertung der Nachbarländer, kann die Schwerindustrie, welche die eine Hälfte unserer Exportindustrie bildet, nicht konkurrieren, wenn sie infolge der maßlosen Eisenbahntarife die Kohlen dreimal so teuer bezahlen muß als die deutsche Industrie. Trotz des Preisabbaus, trotz der Stilllegung der Kohlenwerke ist die heimische Industrie und trotz der Stabilisierung der Krone ist der Ausfuhrmarkt nicht mehr zu retten und die Stimmung alles eher als hoffnungsvoll.

Dieselbe Entwicklung wird sich noch in viel stärkerem und rascherem Maße in Kürze in Deutschland, das ja weit stärker als Österreich industrialisiert ist, vollziehen. Was dann? Darüber ein andermal.

Aus Schriften Walter Rathenaus

Das Geschäft gemacht werden, um Geld zu verdienen, steht vielen ein so selbstverständliches Sach, daß es nicht erst ausgesprochen zu werden braucht. Dennoch habe ich noch niemals einen wohlhabenden Geschäftsmann und Unternehmer gesehen, dem das Verdienen die Hauptaufgabe seines Berufes war, und ich möchte behaupten, daß wer am persönlichen Geldgewinn hängt, ein großer Geschäftsmann überhaupt nicht sein kann.

Ein Freundschaftszeichen von der amerikanisch-mexikanischen Grenze

Die Beziehungen zwischen der Arbeiterklasse Europas und der Neuen Welt lassen bekanntlich viel zu wünschen übrig. Den heutigen Zustand des organisatorischen Getrenntseins zu beseitigen, kann nicht eilig genug angestrebt werden. Je mehr gewaltiger Vorteil wäre es jetzt, wo sich die alte Welt wiederum im Fieberwahn schüttelt, für das gesamte Proletariat, für die Menschheit, wenn die Arbeiterorganisationen, hüten und drüben eng verbunden, innig zusammenwirkend würden! Doch dies ist leider nicht der Fall aus Gründen, die jetzt hier nicht aufgezählt werden können. Es fällt uns nicht ein, die Schuld an diesem beklagenswerten Zustand etwa nur auf der andern Seite zu suchen. Der Wunsch, ein besseres Verhältnis zu schaffen, besteht jedenfalls jenseits des großen Ozeans ebenso wie diesseits. Diese Wahrheit wird aufs neue bestätigt durch einen Brief, der uns dieser Tage von einem amerikanischen Gewerkschaftsbeamten zugeht, der an der amerikanisch-mexikanischen Grenze mit der Organisation der Arbeiter betraut ist. Da ihm die Stimmung des Proletariats Amerikas und Mexikos gleich gut bekannt ist, kann der Wunsch, den er ausdrückt, als auch von mexikanischer Seite stammend angesehen werden. In dem in überaus herzlichem Tone gehaltenen Schreiben heißt es nach einigen mehr persönlichen Mitteilungen:

„Ich glaube, die Zeit ist gekommen, für die Arbeiter Mexikos, Deutschlands und der Vereinigten Staaten enge freundschaftliche Beziehungen anzuknüpfen. Das ist leicht möglich und nicht schwer auszuführen, wenn es unter gegenseitiger Beachtung der besonderen Eigenheiten der Sprache, Überlieferung und der historischen Entwicklung geschieht. Bestimmte Kreise sind geneigt, die Beziehungen, die die Arbeiterklasse der ganzen Welt verbinden sollten, zu vermitteln und zu fördern, indem sie geographische Sonderheiten und Missverständnisse hervorzuheben, während andere Kreise den durch den Weltkrieg erschwerten Haß nicht vergehen wollen. Warum sollten wir Gewerkschafter nicht versuchen, die Luft zu überbrücken?“

„Sie werden wie ich der Meinung sein, daß in der ganzen Welt ein neuer sozialer Zeitschnitt einzufallen begonnen hat und daß gewaltige Dinge, weitreichende Wandlungen und unvermeidliche Begebenheiten revolutionärer Art im Begriffe sind, sich zu vollziehen — als Nachwirkung der blutigen Ereignisse, die vor kurzem erebte. Es ist meine ehrliche Meinung, daß Sie große, aufbauende Arbeit verrichten können, um die Arbeiterklasse Deutschlands und der westlichen Halbkugel enger zusammenzubringen. Ich spreche natürlich hier bloß von dem, was zu tun ist und getan werden kann in Bezug auf die arbeitenden Massen. Dies schließt in sich, daß wir der Regierung wie der Kapitalistenklasse und ähnlichen Gruppen nicht gelassen dürfen, unsere Bestrebungen zu stören. Das ist mein Standpunkt, meine persönliche Meinung. Sie ist auf dem Wunsch begründet, bessere freundschaftlichere Beziehungen als jetzt zwischen Deutschen, Amerikanern und Mexikanern vorherrschend zu schaffen... Der Amerikanische Gewerkschaftsbund hält jedes Jahr seinen Kongress. Warum macht Ihr drüben nicht Stimmung dafür, daß Vertreter von Deutschland an dem nächsten Kongress teilnehmen?“

Mit herzlichem und brüderlichem Grüßen...“

Angriff gegen den Achtstundentag in Belgien

In Belgien haben die Angriffe auf den Achtstundentag in den letzten Wochen eine verschärfte Form angenommen. Nach dem belgischen Achtstundentagsgesetz müssen Ausnahmewilligungen erst den beratenden Organen des Arbeitsministeriums, dem obersten Industrie- und Handelsrat und dem obersten Industrie- und Arbeitsrat zur Prüfung vorgelegt werden. Nur in dem zweitgenannten Organ sind die Arbeitergewerkschaften vertreten.

In der letzten Zeit hatten sich die beiden Gruppen mit einer großen Anzahl von Ansuchen um Ausnahmewilligungen zu befassen. Es wurde vorerst versucht, das Achtstundentagsgesetz anzugreifen, indem die durch das Gesetz gestatteten Ausnahmen ausgenutzt wurden. So bestimmt das Gesetz vom Juni 1921 u. a., daß Ausnahmen bewilligt werden können für Saisonbetriebe und für Industrien, die dem Verderben ausgesetzte Stoffe verarbeiten, sowie für die ununterbrochen arbeitenden Betriebe. Ausnahmen können überdies für Arbeiter bewilligt werden, die einen Vertrauensposten einnehmen. Diese veränderte Art, die Bestimmungen des Achtstundentagsgesetzes zu verringern, konnte jedoch nur geringfügige Ergebnisse haben, denn die Arbeiterdelegationen im obersten Industrie- und Arbeitsrat blieben gegenüber dem kapitalistischen Kaputt unzugänglich und wachten über die strenge Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen. Die Unternehmer mußten daher versuchen, die Grundbestimmungen des Gesetzes selbst zu biegen.

In einer Sitzung vom 18. November 1922 besaßte sich der oberste Industrie- und Handelsrat, der, wie erwähnt, ausschließlich aus Unternehmernvertretern zusammengesetzt ist, mit dem Achtstundentagsgesetz für die Handelsunternehmungen und nahm schließlich einen Antrag an, der eine Änderung des Gesetzes verlangte. Der Berichterstatter selbst sprach sich überhaupt für Abschaffung des Achtstundentagsgesetzes aus. Aus Gründen der Zweckmäßigkeit, die von einzelnen Mitgliedern geltend gemacht wurden, die im Falle einer völligen Abschaffung eine allzu starke Gegenwehr der Arbeiterchaft befürchteten, kam schließlich dieser Kompromißbeschluss zustande.

Nunmehr ist jedoch dem Parlament selbst ein Gesetzentwurf auf Abschaffung des Achtstundentages für eine Frist von zwei Jahren vorgelegt worden. Damit ist der direkte, unverhüllte Angriff gegen die Arbeiterklasse eröffnet. Es wird sich zeigen, ob das Unternehmertum und die bürgerlichen Parteien genug Mut aufbringen, der Arme der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter, die bereits durch ihre machtvollen, in ziemlich allen Städten Belgiens abgehaltenen Demonstrationen bewiesen haben, daß sie bereit sind, den Kampf aufzunehmen, die Stine zu bieten.

Die Preisentwicklung in Rußland

Nachdem um die Mitte des vorigen Jahres in Rußland ein Preisrückgang wenigstens für Brotmehl und Getreide eingetreten war, sind bis Anfang November die Preise wieder ganz gewaltig gestiegen. Die Preise dieser Nahrungsmittel haben sich seit September bis Anfang November v. J. verdoppelt. Der durchschnittliche Preisindex sämtlicher Waren ist um fast zwei Drittel wieder unauflöslich im Steigen und hat sich gegen damals bis Anfang November auf das 3½fache erhöht. Geradezu phantastisch sind die Preissteigerungen, wenn man sie mit dem Vorkriegsstande vergleicht. Anfang Mai standen sie auf dem 5400fachen, Anfang November auf dem 14300fachen der Vorkriegszeit. Den Hauptanteil an der Preissteigerung hatten Zucker und Salz, die in diesen Monaten um das 5½fache, mithin auf die 42 600fache Höhe des Vorkriegsstandes kletterten.

Was kostet eine Überseereise? Die Rheinisch-Westfälische Zeitung stellt die Kosten für eine Überseereise nach den verschiedenen Ländern zusammen. Nach dieser Aufstellung kostet ein einbettiges Zimmer im Hinterstübe 1,2 Millionen Papiermark bei einem Dollarstand von 8000, im Zwischenstübe 820 000 M., außerdem muß in Amerika eine Kopfsteuer bei der Landung von 64 000 M. gezahlt werden und jeder Reisende muß bei der Ankunft in New York noch mindestens 200 000 M. in seinem Besitz haben, um landen zu dürfen. Nach Südamerika kostet zum Beispiel eine 21tägige Reise nach Rio de Janeiro in der ersten Klasse 1,8 Millionen Mark, nach Montevideo 2,1 Millionen, nach Buenos Aires 2,6 Millionen. Wenn man besonders bequem in einem Salonzimmer fahren will, dann kostet eine 21tägige Fahrt nach Buenos Aires 6½ Millionen. In der dritten Klasse kostet dieselbe Fahrt 300 000 M. Nach Ostasien und Australien sind die Preise ebenso hoch. Nach Singapur kostet eine Kajüte 3,3 Millionen, in der dritten Klasse die Fahrt 1,3 Millionen. Nach Hongkong kostet es etwa 570 000 M. mehr, nach Yokohama etwa 750 000 M. mehr. Auf den Frachtdampfern ist die Fahrt um ein Drittel billiger. Nach Australien kostet sie auf einem Frachtdampfer des Norddeutschen Lloyd 2 Millionen. Diese Preise galten vor dem letzten Durchbruch der Rubelsteigerung. Heute sind sie noch bedeutend höher.

